

Deutschland-Berlin: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 30/2023 10/02/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: WISTA.Plan GmbH, Entwicklungsträger als Treuhänder des Landes Berlin

Postanschrift: Rudower Chaussee 19

Ort: Berlin

NUTS-Code: DE300 Berlin

Postleitzahl: 12489

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@wista-plan.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.berlin.de/vergabepattform>

Adresse des Beschafferprofils: <https://www.berlin.de/vergabepattform>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/157059>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/157059>

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/157059>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Entwicklungsträger und Treuhänder des Landes Berlin

I.5. Haupttätigkeit(en)

Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes zur Beseitigung von Bodenkontaminationen und Grundwasserschäden

Referenznummer der Bekanntmachung: A 8809-02

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Beräumungsmaßnahme für das Baufeld 8809 (Grundstück Müller Erben) in 12487 Berlin Treptow-Köpenick, OT Johannisthal, Areal zwischen Segelfliegerdamm und Gerhard-Sedlmayr-Straße.

Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes zur Beseitigung von Bodenkontaminationen und Grund-wasserschäden.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE300 Berlin

Hauptort der Ausführung: Berlin

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes zur Beseitigung von Bodenkontaminationen und Grund-wasserschäden.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: siehe Vergabeunterlagen / Gewichtung: 50%

Preis - Gewichtung: 50%

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 15/04/2023 Ende: 15/04/2027

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Aufgrund der Komplexität der Sanierungsmaßnahme kann sich der Ausführungszeitraum verlängern.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Bitte beachten Sie, dass die Leistungen gemäß Leistungsphase 5-8 Optionen sind, die erst nach Vorlage der geprüften BPU beauftragt werden. Ein Anspruch auf Beauftragung der optionalen Leistungen besteht nicht.

II.2.13.

Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Die Bewerber haben mit dem Angebot allgemeine Unternehmensdaten (u.a. Bezeichnung, Rechtsform, Sitz, ggf. verantwortliche Niederlassung, Ansprechpartner, Kontaktdaten) anzugeben. Mit dem Angebot haben die Bewerber zu erklären, dass sie die rechtlichen Voraussetzungen zur Ausführung der zu vergebenden Leistungen erfüllen, insbesondere die notwendige Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung besitzen. Die nach dieser Auftragsbekanntmachung mit dem Angebot geforderten Erklärungen und Unterlagen sind bereits mit dem Angebot (nicht erst auf Verlangen) einzureichen (siehe u.a. Kapitel III.1.2/ III.1.3/ VI.3).

Mit dem Angebot haben die Bewerber einen aktuellen Auszug aus dem für sie einschlägigen Handels- oder Berufsregister (nicht älter als 3 Monate) sowie im Falle von Personengesellschaften (z.B. KG, GbR) auch für die persönlich haftenden Gesellschafter (jeweils soweit mit Rücksicht auf die Rechtsform vorhanden) oder (bei fehlender Registerpflicht) eine Unternehmensdarstellung mit Angaben zur Rechtsform, den Inhabern /Gesellschaftern und den gesetzlichen Vertretern vorzulegen.

Mit dem Angebot haben die Bewerber als vorläufigen Eignungsnachweis eine ausgefüllte Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt Wirt-124 EU.) vorzulegen. Darin sind u.a. Angaben zu machen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von §§ 123 und 124 GWB, § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG und § 21 SchwarzArbG (u.a. zu Insolvenz/Liquidation, schweren Verfehlungen oder Verurteilungen, Nichtzahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung sowie zum Nichtvorliegen von Eintragungen im Korruptions-, Wettbewerbs-, Gewerbe- und Bundeszentralregister).

Die Auftraggeberin behält sich vor, Nachweise zur Bestätigung der Eigenerklärung zu verlangen (z. B. Führungszeugnisse für Personen mit Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnissen, Bescheinigungen der zuständigen Stellen wie Finanzamt, Sozialversicherungsträger, Berufsgenossenschaft, behördliche und gerichtliche Entscheidungen über Straf- oder Ordnungswidrigkeitsverfahren, öffentliche Auftraggeber früher ausgeführter öffentlicher Aufträge/Konzessionen). Die Auftraggeberin behält sich zudem vor, Auszüge aus einschlägigen Registern und Sanktionslisten (u.a. Wettbewerbsregister, EU-Finanz-Sanktionsliste) einzuholen.

Für die Ausführung der Leistung müssen ausländische Unternehmen, soweit sie auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig werden, bei der für die Arbeiten zuständigen deutschen Berufsgenossenschaft angemeldet sein, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Ist das Unternehmen aufgrund internationaler Vereinbarungen von dieser Verpflichtung

befreit, so hat es dies mit dem Angebot anzugeben und auf gesondertes Verlangen durch eine Bescheinigung der deutschen Berufsgenossenschaft zu belegen.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus Ziffer VI.3).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die Bewerber müssen die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit zur Auftragsausführung besitzen und nachweisen. Die nachgewiesene Leistungsfähigkeit der Bewerber darf nach der Einschätzung der Auftraggeberin keine Zweifel zulassen, dass sie über die erforderlichen Kapazitäten/Ressourcen und Mittel verfügt, um ihre laufenden finanziellen Verpflichtungen unter Einschluss derjenigen aus dem hier zu vergebenden Auftrag (inkl. Vor- und Anlaufkosten) zu erfüllen.

Die Bewerber haben mit dem Angebot als vorläufigen Nachweis ihrer Eignung Eigenerklärungen zum Umsatz des Unternehmens mit vergleichbaren Leistungen (Begutachtungs-, Planungs- und/oder Projektmanagementleistungen im Bereich Umwelt/Bautechnik) und zu einer Betriebshaftpflichtversicherung zu machen. Die Auftraggeberin behält sich vor, geeignete Nachweise zur Bestätigung der Eigenerklärungen (z. B. Jahresabschlüsse, Versicherungsnachweise) zu verlangen.

Beachte Ziffer III.1.1) zum Vorlagezeitpunkt mit dem Angebot. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus Ziffer VI.3).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Die folgenden Anforderungen müssen mindestens erfüllt sein:

Der Umsatz der Unternehmen mit vergleichbaren Leistungen (s.o.) muss im Durchschnitt der vergangenen drei Geschäftsjahre mindestens 400.000 EUR pro Geschäftsjahr betragen haben. Als Umsatz der Unternehmen gelten nur solche Leistungen, die sie selbst im eigenen Unternehmen oder zusammen mit Unterauftragnehmern erbracht haben, nicht dagegen Umsätze, die in einer Arbeitsgemeinschaft von anderen Unternehmen/Mitgliedern erbracht wurden.

Im Falle einer kürzeren Geschäftstätigkeit (Gründung vor weniger als 3 Jahren) ist die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit auf andere geeignete Weise (z. B. Eigenkapital, Eignungsleihe, Patronatserklärung der Muttergesellschaft o.ä.) nachzuweisen. Im Falle einer Eignungsleihe sind § 47 VgV sowie die Hinweise in Ziffer VI.3) zu beachten.

Es wird eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme je Schadensfall in Höhe von 2,0 Mio. EUR für Personenschäden und 2,0 Mio. EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) mit einer zweimal jährlichen Maximierung gefordert. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist eine entsprechende Projektversicherung oder eine entsprechende Versicherung für alle Mitglieder nachzuweisen. Im Falle einer Unterauftragsvergabe muss sich die Versicherung auch auf die Unterauftragnehmer erstrecken, andernfalls ist eine entsprechende Versicherung der Unterauftragnehmer nachzuweisen. Entsprechende Versicherungsnachweise (Versicherungspolice bzw. -urkunde oder Bestätigung des Versicherers, nicht des Maklers) sind auf Verlangen der Auftraggeberin vorzulegen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die Bewerber müssen die erforderliche technische und berufliche Leistungsfähigkeit zur Auftragsausführung besitzen und nachweisen. Die nachgewiesene Leistungsfähigkeit der Bewerber darf nach der Einschätzung der Auftraggeberin keine Zweifel zulassen, dass sie über die erforderlichen Kapazitäten und Ressourcen (insbesondere personelle Mittel sowie berufliche Fähigkeiten und Erfahrungen) verfügen, um den Auftrag ordnungs- und vertragsgemäß sowie zeit- und qualitätsgerecht auszuführen.

Die Bewerber haben mit dem Angebot als vorläufigen Nachweis ihrer Eignung Eigenerklärungen zu vergleichbaren erbrachten Leistungen (Referenzen) vorzulegen. Es müssen mindestens zwei vergleichbare Referenzprojekte (s. Mindestanforderungen) benannt werden. Jedes Referenzprojekt ist aussagekräftig und nachvollziehbar zu beschreiben (siehe Anlage „A3_ Referenzdatenblatt“) mindestens mit folgenden Angaben: Auftraggeber, Projektbezeichnung und Projektbeschreibung (z.B. Größe, Lage, Besonderheiten), ausführende Unternehmen und beauftragte Leistungs- bzw. Aufgabenbereiche oder Beratungsgebiete (ggf. näher erläutert/zugeordnet), nähere Beschreibung der erbrachten Leistungen, Netto-Honorarvolumen (ggf. nach Leistungen aufgeschlüsselt), Ausführzeiten der einzelnen Leistungen (ggf. nach Beginn und Ende von Teilleistungen näher aufgeschlüsselt). Die nachstehenden Referenz-Mindestanforderungen aus der Beschreibung klar und eindeutig hervorgehen.

Die Auftraggeberin behält sich vor, nähere Angaben und Erläuterungen zu den Referenzprojekten (z.B. ausführende Unternehmen, Details der Leistungsausführung, Kontaktperson und -daten des Auftraggebers) zu verlangen.

Die Bewerber haben mit dem Angebot als vorläufigen Nachweis ihrer Eignung Eigenerklärungen zum verfügbaren Fachpersonal vorzulegen. Die Auftraggeberin behält sich vor, nähere Angaben und Erläuterungen zu den für die Auftragsausführung verfügbaren Führungs- und Fachkräften (z.B. berufliche Lebensläufe, Beschäftigtenzahl des Unternehmens) zu verlangen.

Referenzleistungen müssen von demjenigen Unternehmen erbracht worden sein, das auch die hier zu vergebenden Leistungen ausführen wird. Referenzleistungen, die von einer Arbeitsgemeinschaft erbracht wurden, sind daher nur wertbar, soweit sie innerhalb der Arbeitsgemeinschaft von dem Unternehmen erbracht wurden, das auch die hier zu vergebenden Leistungen ausführen wird.

Im Falle einer Berufung auf Referenzen eines anderen Unternehmens (Eignungsleihe) muss das andere Unternehmen als eignungsverleihender Unterauftragnehmer die Leistungen ausführen, für die die Referenzerfahrung benötigt wird (§ 47 Abs. 1 Satz 3 VgV). Im Falle einer Bewerbergemeinschaft muss dasjenige Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, das über die geforderte Referenzerfahrung verfügt, dementsprechend zur Ausführung der Leistungen vorgesehen sein, für die diese Referenzerfahrung benötigt wird. Auf Verlangen der Auftraggeberin sind die vorgesehenen Leistungsanteile genauer zu erläutern.

Sofern ein Bewerber beabsichtigt, Teilleistungen des Auftrags an Unterauftragnehmer weiter zu vergeben, sind die hierfür vorgesehenen Leistungsanteile bereits im Angebot anzugeben. Im Übrigen gelten § 36 VgV und Art. 71 Richtlinie 2014/24/EU.

Beachte Ziffer III.1.1) zum Vorlagezeitpunkt mit dem Angebot. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus Ziffer VI.3).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Die folgenden Anforderungen müssen mindestens erfüllt sein:

Mindest-Personalanforderungen:

- Das Unternehmen muss mindestens drei Fachkräfte (inklusive Projektleiter/in) verfügen, die zur

Ausführung des hier zu vergebenden Auftrags zur Verfügung stehen.

- Mindestens einer (von drei) der verfügbaren Fachkräfte (inklusive Projektleiter/in) müssen über eine mindestens einjährige einschlägige Berufserfahrung im Bereich des Umweltingenieurwesens, der Umweltwissenschaften, der Geologie, der Hydrogeologie verfügen.

- Mindestens eine (von drei) der verfügbaren Fachkräfte, und zwar der/die verbindlich vorgesehene und im Auftragsfall eingesetzte Projektleiter/in muss über einen Hochschulabschluss als Ingenieur/in im Sinne von Art. 46 ff. der Richtlinie 2005/36/EG (2013/55/EU) in der Fachrichtung oder beruflichen Ausprägung des Umweltingenieurwesens, der Umweltwissenschaften, der Geologie, der Hydrogeologie, der Chemie oder vergleichbar, verfügen.

- Das Unternehmen muss über einen angestellten Sachverständigen nach § 18 BBodSchG verfügen, der im Auftragsfall für die auszuschreibende Leistung eingesetzt wird.

Mindest-Referenzanforderungen:

Die Unternehmen müssen fundierte Erfahrungen durch mindestens zwei vergleichbare Referenzprojekte nachweisen. Dabei muss ein Vergleichsprojekt die Boden- und/ oder Grundwassersanierung (bspw. Gefahr-/ Schadstoffe wie LCKW/ BTEX/ PAK/ MKW) und ein Vergleichsprojekt den allgemeinen Rückbau betreffen, die in den vergangenen fünf Jahren (ab 01.01.2018 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist) erbracht wurden.

Die Vergleichbarkeit der (Mindest-)Referenzleistungen beurteilt die Auftraggeberin nach pflichtgemäßem Ermessen. Eine Gleichheit des Referenzprojektes zum hier zu vergebenden Auftrag ist nicht erforderlich, es genügt eine Ähnlichkeit, die einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit für den hier zu vergebenden Auftrag eröffnet. Eine additive Kombination mehrerer Referenzprojekte ist für die Mindest-Referenzanforderungen nicht ausreichend. Es kommt auf ein vergleichbares Referenzprojekt an.

Referenzleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, können nur berücksichtigt werden, wenn der Bewerber gleichzeitig aufzeigt, inwiefern auf andere Weise gewährleistet ist, dass eine ausreichende Leistungsfähigkeit in deutscher Sprache (insbesondere im Umgang mit den Projektbeteiligten/Behörden) und mit den nötigen Kenntnissen und Erfahrungen im Umgang mit dem in der Bundesrepublik geltenden Recht (insbesondere Bau- und Verwaltungsrecht) besteht.

III.1.5. Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

Der Auftrag ist geschützten Werkstätten und Wirtschaftsteilnehmern vorbehalten, deren Ziel die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder von benachteiligten Personen ist

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1.

Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Die Auftraggeberin fordert als Eignungsvoraussetzung (s. Ziffer III.1.3) und Ausführungsbedingung, dass der/die verbindlich vorgesehene und im Auftragsfall eingesetzte Projektleiter/in über einen Hochschulabschluss als Ingenieur/in im Sinne von Art. 46 ff. der Richtlinie 2005/36/EG (2013/55/EU) in der Fachrichtung oder beruflichen Ausprägung des Umweltingenieurwesens, der Umweltwissenschaften, der Geologie, der Hydrogeologie, der Chemie oder vergleichbar verfügt.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Es gelten Besondere Vertragsbedingungen u.a. zum Mindeststundenentgelt, zur Frauenförderung, zur Verhinderung von Benachteiligungen sowie über Kontrollen und Sanktionen gemäß Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG).

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 13/03/2023 Ortszeit: 13:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 12/05/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 13/03/2023 Ortszeit: 13:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt
Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert
Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3. Zusätzliche Angaben

Für die Einreichung der Angebote ist eine Registrierung auf der Vergabeplattform (<https://www.berlin.de/vergabepattform>) und über das Bieterportal iTWO tender (<https://www.meinauftrag.rib.de/public/registerCompany>) erforderlich. Weitere Informationen: https://senstadtfms.stadt-berlin.de/intelliform/forms/eabau/berlin/v_2121/index.

Es obliegt den Unternehmen, sich frühzeitig nach Kenntnisnahme dieser Bekanntmachung als Bewerber zu registrieren. Zusätzliche Informationen sowie etwaige Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen wird die Auftraggeberin nur registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform mitteilen. Im Übrigen obliegt es den (auch registrierten) Bewerbern, die Vergabeunterlagen (s. Ziffer I.3) vor der Abgabe ihres Angebotes auf Aktualisierungen hin zu prüfen. Fragen und Auskunftersuchen sind über die Vergabeplattform an die Auftraggeberin zu richten.

Bewerbergemeinschaften haben mit dem Angebot eine Erklärung abzugeben, in der u.a. alle Mitglieder aufgeführt sind, ein bevollmächtigter Vertreter benannt ist und erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Auf Verlangen sind die jeweils vorgesehenen Leistungsanteile der Mitglieder anzugeben. Ziffer III.1.1) gilt für jedes Mitglied gesondert. Die Eignung gemäß Ziffer III.1.2) ist für jedes Mitglied gesondert nachzuweisen und wird für die Bewerbergemeinschaft insgesamt beurteilt, soweit nicht anders angegeben. Die Eignung gemäß Ziffer III.1.3) ist für jedes Mitglied gesondert nachzuweisen und wird nach den jeweils vorgesehenen Leistungsanteilen der Mitglieder beurteilt.

Sofern ein Bewerber beabsichtigt, im Hinblick auf die erforderliche Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen ("Eignungsleihe"), sind mit dem Angebot die Namen, die gesetzlichen Vertreter und die Kontaktdaten der anderen Unternehmen anzugeben und die in Ziffer III.1.1) geforderten Unterlagen für die anderen Unternehmen vorzulegen. Zugleich mit dem Angebot ist nachzuweisen, dass dem Bewerber die Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Erfüllung des Auftrages zur Verfügung stehen (z.B. durch Verpflichtungserklärung). Bei Inanspruchnahme der in Ziffer III.1.2) geforderten wirtschaftlichen und/oder finanziellen Kapazitäten (Umsatz) eines anderen Unternehmens ist außerdem nachzuweisen, dass das andere Unternehmen gemeinsam mit dem Bewerber für die Auftragsausführung haftet (Haftungserklärung).

Das Angebot und alle Anlagen sowie nachträglich angeforderte Angaben und Unterlagen sind in deutscher Sprache abzufassen bzw. vorzulegen. Anderssprachigen Unterlagen ist zugleich eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Die Auftraggeberin behält sich vor, eine amtlich beglaubigte Übersetzung bzw. eine Übersetzung durch einen staatlich beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer zu verlangen bzw. nachzufordern.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen (s. Ziffer I.3).

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe / Vergabekammer des Landes Berlin

Postanschrift: Martin-Luther-Straße 105

Ort: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land: Deutschland

Telefon: +49 3090138316

Fax: +49 3090137613

Internet-Adresse: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß §§ 160 Abs. 3, 135 Abs. 2, 168 Abs. 2 GWB:

Die Vergabekammer (Ziffer VI.4.1) leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Ein Nachprüfungsantrag ist nur zulässig, wenn der Antragsteller den zur Nachprüfung beantragten Vergaberechtsverstoß zuvor rechtzeitig gegenüber der Auftraggeberin (s.o. Ziffer I.1) gerügt hat. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der Eingang der Rüge bei der Auftraggeberin. Eine Rüge ist nicht rechtzeitig, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen erfolgt, nachdem der Antragsteller den Vergaberechtsverstoß erkannt oder sich dieser Kenntnis mutwillig verschlossen hat. Eine Rüge ist außerdem nicht rechtzeitig, wenn der Vergaberechtsverstoß aufgrund einer Bekanntmachung oder aufgrund der damit zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen erkennbar war und die Rüge nicht spätestens bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist (Ziffer IV.2.2) erfolgt ist. Eine Rüge ist darüber hinaus nicht rechtzeitig, wenn der Vergaberechtsverstoß aufgrund einer Aufforderung zur Angebotsabgabe oder der damit zur Verfügung gestellten weiteren oder geänderten Vergabeunterlagen erkennbar war und die Rüge nicht spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist erfolgt ist.

Ein Nachprüfungsantrag ist weiterhin unzulässig, wenn nach dem Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin beim Antragsteller, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

Ein Nachprüfungsantrag ist zudem dann unzulässig, wenn der Zuschlag wirksam erteilt wurde (Vertragsschluss). Der Vertrag kann 10 Kalendertage nach Absendung der Information über den beabsichtigten Abschluss des Vertrages durch die Auftraggeberin an die betroffenen Bieter geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch die Auftraggeberin. Die Unwirksamkeit eines Vertragsschlusses kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der vorgenannten Information, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat die Auftraggeberin die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe /

Vergabekammer des Landes Berlin

Postanschrift: Martin-Luther-Straße 105

Ort: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land: Deutschland

Telefon: +49 3090138316

Fax: +49 3090137613

Internet-Adresse: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

07/02/2023